

Arbeiter-Zeitung

Erscheinet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,20 RM., monatlich 1,25 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 1,35 RM., unter Einwirkung 1,50 RM. Anzeigenpreis: Die geschaltete Willkürzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf., Kellereipreis: Die dreizehnbaltige Willkürzeile oder deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schluss des Inseraten-Angebots in der Haupt-Expedition 6 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 22, Kranziger Straße 60. **Telefon** 4715. **Postfach** 1101; **Breslau** 544, **Waldstr.** 11. **Telefon** 4715. **Postfach** 1101. **Verlag:** 2237. **Verlag** des Arbeiterbundes von 12-14, **Montag** bis **Freitag** von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** **Gleiwitz:** **Waldstr.** 25, **Telefon** 2237. **Postfach** 1101. **Verlag:** 2237. **Verlag** des Arbeiterbundes von 8-10 Uhr. **Gleiwitz:** **Waldstr.** 25, **Telefon** 2237. **Postfach** 1101. **Verlag:** 2237. **Verlag** des Arbeiterbundes von 8-10 Uhr. **Gleiwitz:** **Waldstr.** 25, **Telefon** 2237. **Postfach** 1101. **Verlag:** 2237. **Verlag** des Arbeiterbundes von 8-10 Uhr.

„Unternehmer wählt SPD.“

Die neueste Wahlparole des sozialdemokratischen Parteivorstandes

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, veröffentlicht einen Artikel „Wirtschaftsmord durch Monopolgewalt“, der geradezu sensationelle Geständnisse und Bekenntnisse enthält. In diesem Artikel solidarisiert sich der „Vorwärts“ vollkommen mit den Unternehmern der Fertigungsindustrie, indem er feststellt, daß „der einzige, der schon seit vier Jahren und auch heute die volkswirtschaftlichen und die Interessen der Fertigungsindustrie nie verraten hat, die organisierte Arbeiterschaft ist, die „in keiner Stunde der vergangenen schweren vier Aufbaujahre geiziger hat, alles zur Förderung der Verarbeitungs- und Fertigungsindustrie zu tun“, und die dafür „große Opfer gebracht“ hat. Die Unternehmer der Fertigungsindustrie mühten sich einsehen, „daß ihre Interessen nur mit der Arbeiterschaft, nicht gegen sie zu verteidigen sind, und daß sie am 20. Mai für den kommenden Reichstag dadurch die Konsequenzen ziehen mühten, für die Kandidaten der organisierten Arbeiterschaft zu stimmen“.

Wahlparole für die SPD.

Die SPD. muß stillhalten. — Sie kann den Parteien nicht antworten.

Jedermann wird schon aufgefallen sein, daß es die Sozialdemokratische Partei nicht wagt, das christliche Zentrum irgendwie anzugreifen. Außer einigen hohlen Worten gegen die Deutschnationalen schont die SPD. den Bürgerblock und wendet sich mit Verleumdungen und Beschimpfungen nur gegen die kommunistische Partei.

Dabei schon das Zentrum keineswegs die SPD. Die Zentrumsführer sehen, daß die SPD. wieder eine Masse schöner Versprechungen macht und begangene Verbrechen ableugnet. Da tritt nun der zentrumliche Komplize hervor und stellt fest, daß diese Verbrechen von SPD.- und Zentrumsführern gemeinsam begangen wurden. Er will nicht dulden, daß die SPD. sich als besser hinstellt.

Im ganzen Reich wird ein Zentrumsflugblatt verbreitet, das Worte und Taten der SPD. benehmen stellt. Wir entnehmen dieser langen Liste einige Beispiele, die zunächst eine SPD.-Wahlparole und dann die Zentrumsantwort enthalten:

„Nieder mit dem Zollwucher!“

Im Reichsrat stimmten die Vertreter Preußens und Badens nach den Anweisungen der sozialdemokratischen Minister für den neuen Zolltarif! Im Reichswirtschaftsrat stimmten die sozialdemokratischen Vertreter für hohe Industriegölle!

„Kampf den Lebensmittelzöllen!“

Nach den Anweisungen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun stimmten die preussischen Vertreter im Reichsrat für hohe Fleischzölle, obwohl die Fleischzölle massenbelastender sind als die Getreidezölle. Den Armen darf der Sonntagsbraten nicht weggenommen werden!“

Im Reichsrat aber stimmten die sozialdemokratischen Ländervertreter der Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen zu!

„Die Sozialdemokratie tritt ein für weitgehendste Feuerliche Entlastung der Lohnarbeiterschaft!“

Im Reichsrat stimmten die sozialdemokratischen Ländervertreter für die Erhöhung des Lohnsteuerauskommens!

„Die Sozialdemokratie ist die wirkungsvollste Verfechterin des Achtstundentages!“

In Sachen hat der sozialdemokratische Minister Lipinski es stets abgelehnt, den Achtstundentag in den staatlichen Heil- und Pflegestätten einzuführen!

„Es ist eine nicht zu verantwortende Grausamkeit, in der größten Zeit der Arbeitslosigkeit die Steuern zu erhöhen!“

Im Reichsrat wurde die Mietserhöhung (20 Prozent im Jahre 1927) mit den sozialdemokratischen Stimmen Preußens angenommen!

„Die Hirtfelder'sche Verordnung über die Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume ist ein Zugeständnis an den kapitalistischen Hausbesitz!“

Ohne Zustimmung der sozialdemokratischen Minister in Preußen war die Hirtfelder'sche Verordnung nicht möglich. Die sozialdemokratischen Minister in Baden, Hamburg, Bremen usw. haben zum Teil noch weitergehende Verordnungen erlassen, bzw. solchen zugestimmt!

Diese Angriffe zeigen. In der Tat, in jeder Beziehung war die SPD. die Helferin des Bürgerblocks.

Die SPD. kann auf die zentrumlichen Angriffe nicht antworten, weil im Zentrumsflugblatt nur Tatsachen angeführt sind, die niemand bestreiten kann.

Die SPD. darf nicht antworten, weil das diejenigen Parteien nicht dulden, bei denen die SPD.-Führer um Aufnahme in die große Koalition betteln.

Die SPD.-Führer sind die Hauslächte der Bürger-

So also führt die SPD. den „Kampf“ gegen den Bürgerblock und das Kapital. Preisgabe der Arbeiterinteressen zugunsten der Kapitalisten, glatter Verrat des Proletariats und betteln um Kapitalstimmen — das ist die Politik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer.

Verstehen die sozialdemokratischen Arbeiter nun den Sinn der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik? Begreifen sie nun, weshalb die Kämpfe um Lohn und Brot von den Gewerkschaftsbürokraten stets und ständig abgewürgt werden? Ver-

stehen sie nun, wie recht wir Kommunisten haben, wenn wir diese Sorte von Arbeiterführern als

Rettenhunde des Kapitals,

als die

Judas des Proletariats

bezeichnen und den schärfsten Kampf gegen sie führen?

SPD.-Arbeiter, rechnet ab mit diesen Freunden des Kapitals! Am 20. Mai gebt

jede Arbeiterstimme der kommunistischen Partei, Liste 5!

Reichsbahn zahlt Dividende

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschloß in seiner Sitzung, die vom 14. bis 16. Mai tagte, die Ausschüttung einer siebenprozentigen Dividende.

Ausschüttung von Dividende für die Aktionäre, neue Tarif-erhöhungen und Ausplünderung der ärmsten Jahrgänge — und das zwei Tage vor den Wahlen! Die arbeitende Bevölkerung wird am 20. Mai über die Wucherpolitik der Bürgerblockregierung urteilen.

Paul Löbe

als Lobredner auf den Bürgerblock-Reichstag

Im „Deutschen“, dem Organ der christlichen Gewerkschaften, in wir folgenden Artikel:

Ihrer hemmungslosen Art läßt die sozialdemokratische Partei kein gutes Haar am Reichstag. Auch der „Vorwärts“ ist nicht täglich aufs neue, daß der Reichstag im letzten Jahre überhaupt nichts geleistet habe. Es ist deshalb notwendig, an das Urteil zu erinnern, das der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Löbe in seiner Eigenschaft als Präsident des Reichstages ganz objektiv über die Arbeit und die Leistungen des Reichstages in der letzten Sitzung des Reichstages am 31. März gefällt hat.

Nach dem amtlichen Stenogramm erklärte er wörtlich: „Vielleicht darf ich in diesem Augenblick ein Wort über die sachliche Arbeit des Reichstages sagen, die draußen gegenüber einzelnen Zwischenfällen nicht immer die richtige Beurteilung findet. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist kein Zweifel, daß eine Anzahl großer, lange gesorderter und dringend notwendiger Gesetze von uns geschaffen worden ist und daß, wie der Herr Reichstagskanzler schon hervorgehoben hat, die pünktliche Erledigung des Haushaltsplanes in allen drei letzten Jahren und in diesem Jahre auch des Rostprogramm gezeigt hat, daß der Reichstag seine Aufgaben zu erfüllen vermag.“

Was soll also das wilde Wahlscheul um die „Latenlosigkeit“ des alten Reichstages. Eine parlamentarische und sozialistische Autorität wie Löbe muß es doch schließlich besser wissen!

Löbe als Lobredner des Bürgerblock-Reichstages und als Kronzeuge der Bürgerblockler gegen seine eigene Partei, das ist eine Charakteristik sowohl für ihn wie für die SPD.

Der Prozeß Braun

Am Leipzig, 16. Mai. Im Hochverratsprozeß gegen Braun, Semmelmann und Genossen wurde am Mittwoch der Verteidiger Semmelmanns, Rechtsanwalt Dr. Samter, als Zeuge gehört, um darzustellen, ob der angebliche Verbindungsmann Semmelmanns zur

juristischen Abteilung der SPD., Hartmann, mit Braun personengleich ist. Rechtsanwalt Dr. Samter erklärte, er kenne beide, aber nur oberflächlich. Vom Reichsanwalt gefragt, ob er an einer Sitzung der kommunistischen Anwaltsfraktion im Jahre 1926 in Berlin teilgenommen habe, erklärte Dr. Samter, eine solche Fraktion gebe es nicht. Der Reichsanwalt brachte dann aus dem in Berlin beschlagnahmten Material des mitteleuropäischen Büros der internationalen Roten Hilfe ein Schriftstück bei, das als Protokoll einer solchen Fraktionsitzung von einem gewissen „Eugen“ aufgenommen worden sei. Ihre Aufgabe sei, den Gang der Rechtspflege so zu beobachten, daß man sie für den Fall der Übernahme der Macht durch das Proletariat auch als rechtskundige Kommissare der Rechtspflege verwenden könne. Rechtsanwalt Dr. Samter vernahmte sich dagegen, solchen Anregungen geben oder ihrer Verwirklichung gedient zu haben. Eine Vereidigung Dr. Samters als Zeuge ist noch nicht erfolgt, weil nach Ansicht der Reichsanwaltschaft Dr. Samter mindestens für Braun und Semmelmann als Mittäter bei dem Versuch des Hochverrats in Frage komme. Durch die Behandlung dieses Protokolls soll der hauptsächlichste Beweis für diese Mittäterschaft erbracht werden. Die Vernehmung Dr. Samters als Zeuge soll am Freitag fortgesetzt werden.

Es handelt sich bei diesem Vorstoß des Reichsanwalts um nichts anderes, als das Bestreben, den kommunistischen Anwalt als Verleumdiger auszuspalten und ihn als Mittäter zu inszenieren. Und das mitten im Prozeß, eine Ungeheuerlichkeit, die alle Niedrig- und Niederträchtigkeiten noch übertrumpft und zeigt, was die Klassenjustiz unter der Aera Dergt sich an Provokationen leistet.

Vom Tage

Die Kommandos des Reichsbanners provozierten am Samstagabend in Hamburg Zusammenstöße mit kommunistischen Arbeitern in einem Propagandalokal. Der Arbeiter Tiedemann wurde durch Kopfschuß getötet, fünf Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

Der Reichsrat beschloß auf Antrag der preussischen Regierung in die Ausschussberatung über die Erhebung des 11. August (Verfassungstag) zum Nationalfeiertag zu treten.

Als in Nantes (Frankreich) bei dem Eintreffen von Deputierten von der Menge die „Internationale“ gefungen wurde, kam es zwischen dem diensthabenden Offizier und Unteroffizieren zu Zusammenstößen. Es erfolgten mehrere Verhaftungen.

Über 16 000 Selbstmorde aus Hunger

Die Erwerbslosen wählen Kommunisten

Am 20. Mai ist Neuwahl des Reichstages. In diesem Tage müssen die Erwerbslosen und alle, die in den letzten Jahren die Not der Arbeitslosigkeit spürten, ihr Urteil über die Taten dieser Regierung abgeben. Die Erwerbslosen müssen fragen, was haben die Deutschnationalen, was Volkspartei, Zentrum und Demokraten für sie getan. Welches waren die Taten der Sozialdemokraten und wie haben sie für die Lebensinteressen der Arbeiter gekämpft? Demgegenüber müssen sie betrachten, was die kommunistische Partei für eine Stellung eingenommen hat und was die SPD seit 1924 bis zum Tage der Auflösung des Reichstages getan hat, um die Not der Millionen der Erwerbslosen zu lindern.

Seit 1924 haben wir sogenannte „normale“ Verhältnisse. Trotzdem ist das Problem der Massenarbeitslosigkeit geblieben und gewinnt an Bedeutung.

Durchschnittszahlen der Hauptunterstützungsempfänger.

1924:	727 990	1925:	464 789	1926:	1 692 840
1927:	1. Januar	2 536 309	Arbeitsuchende		
	1. Oktober	880 193			
	15. Dezember	1 391 032			
1928:	15. März	1 796 000			

und nur 1 200 000 Hauptunterstützungsempfänger. Diese Zahlen beweisen, daß trotz günstiger Konjunktur eine erschreckend hohe Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Schon sind drohende Anzeichen eines Konjunkturschwundes vorhanden.

Der stufenweise Abbau der Erwerbslosenversorgung.

Die Weimarer Verfassung bestimmt im Artikel 151:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundgesetzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“

Im Artikel 163 heißt es: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Die Sozialdemokratie behauptet ständig, unser ganzes politisches Leben sei vom Geiste dieser Verfassung erfüllt. Die Arbeiter im Betrieb und besonders die Erwerbslosen werden aber diese Betsprüche der Verfassung, die nunmehr fast 10 Jahre auf dem Papier stehen, als Hohn empfinden. Daß der Staat nicht für die notwendigen Arbeitsmöglichkeiten gesorgt hat, daß er nicht durch die Einführung des 8-Stundentages und sonstiger Maßnahmen sich bemüht hat das Heer der Erwerbslosen zu vermindern, geht aus den angeführten Zahlen hervor. Über auch die Betsprüche, für den angemessenen Lebensunterhalt zu sorgen, sind unerfüllt geblieben. Seit 1918 sind drei Etappen in der Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge zurückgelegt worden.

1918—1924 — die staatliche Erwerbslosenfürsorge. Die Mittel wurden vom Staat gegeben.

Nachdem die Sozialdemokraten dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, wurde durch die Verordnung vom 16. Februar 1924 die Einführung der Beitragsleistung zu der Erwerbslosenfürsorge beschlossen.

Seit dem 1. Oktober 1927 ist das ARBZG in Kraft. Dieses Gesetz wurde mit 356 Stimmen im Reichstage angenommen. Dafür sprachen Deutschnationale und Sozialdemokraten in gemeinsamer Front. Besonders die SPD. vertrat dieses Gesetz als einen großen sozialpolitischen Erfolg der Sozialdemokratie hinzustellen. Daß dieses nicht der Fall ist, geht aus der Schlussrede des deutschnationalen Abgeordneten Lambach, die er am 5. Juli 1927 im Reichstage hielt, hervor. Er sagte:

„Inwiefern stellt das Gesetz für uns eine Erfüllung von Wünschen dar, die wir in unseren Anträgen formuliert haben.“

Das ARBZG. bietet die Grundlage für die gesamte Versorgung aller Erwerbslosen und wird besonders in der kommenden Zeit alle seine Schattenseiten zeigen. Die Zustimmung zu dem Gesetz bedeutete nicht nur, daß die bis dahin geltenden Erwerbslosenfürsorgebestimmungen verschlechtert wurden, sondern auch die restlose Aufgabe der Stellung der Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratischen Partei, wie sie vor dem Kriege wiederholt festgelegt und besonders auf dem Kopenhagener Kongreß 1910 präzisiert worden war. Dort war beschlossen worden:

„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Arbeiterorganisationen vermittelte, allgemeine obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.“

Die Sozialdemokratie hat also in dieser wichtigen Frage, wie in vielen anderen Fällen, ihren einstmaligen Standpunkt völlig preisgegeben und sich den Forderungen der Kapitalisten untergeben. Die Auswirkungen zeigen sich sehr deutlich.

In der „Gewerkschaftszeitung“ wurde behauptet, der Kreis der Versicherungspflichtigen habe sich mit dem Kreis der Versicherungsberechtigten. Demgegenüber sei festgestellt, daß am 15. März von 1 796 000 Arbeitsuchenden nur 1 200 000 nach dem ARBZG. unterstützt wurden. Fast 600 000 waren auf Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Von den 600 000 erhielten nur 212 300 Krisenunterstützung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Krisenunterstützung nicht nach den Sägen des ARBZG., sondern unter Heranziehung der Bedürftigkeitsprüfung nur als obligatorische Wohlfahrtsunterstützung betrachtet wird.

Die Dauer der Anwartschaft wurde auf 26 Wochen erhöht, gegenüber 13 Wochen bei der Erwerbslosenfürsorge. Dadurch erhielten allein 147 000 Personen die sonst Erwerbslosenfürsorge bezögen würden. Krisenunterstützung.

Die Unterstützungsdauer wurde auf 26 Wochen beschränkt. 65 000 Arbeitslose wurden dadurch aus der Hauptunterstützung ausgeschlossen.

Die Karenzzeit wurde durch besondere Verordnung für Saisonarbeiter bis auf drei Wochen und neuerdings für alle anderen auf sieben Tage verlängert.

Für Saisonarbeiter wurde die Unterstützungshöhe herabgesetzt und die Unterstützungsdauer eingeeignet.

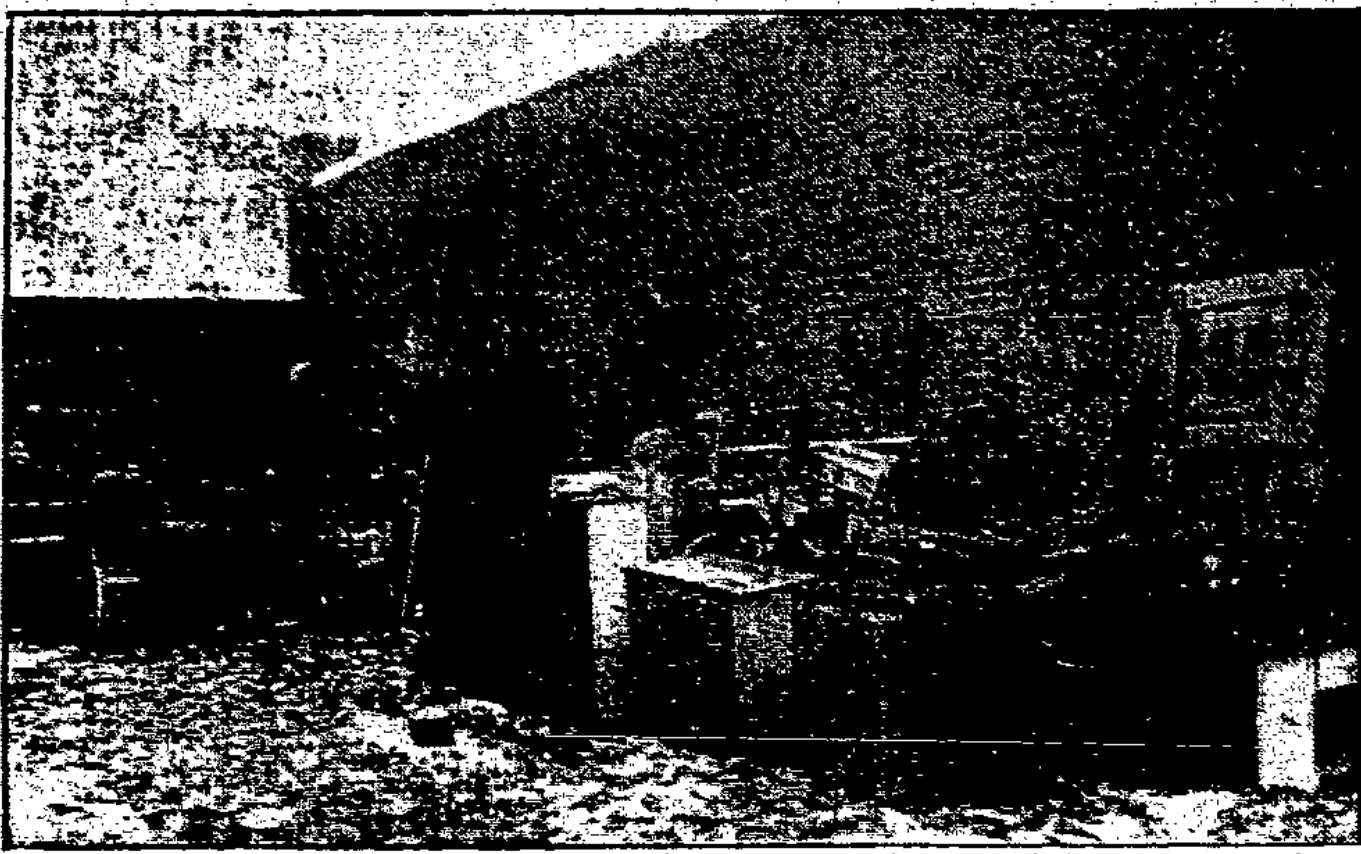
Für diesen systematischen Abbau der Unterstützung trägt die Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Bei der Beratung des Gesetzes hat sie alle kommunistischen Anträge, die sich gegen diese Paragraphen und Auslegungsmöglichkeiten wandten, gemeinsam mit den Deutschnationalen niedergestimmt. Am Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat sie den ganzen Verschlechterungen ihre Zustimmung gegeben.

Die Deutschnationalen und die anderen bürgerlichen Parteien sind von dieser Hilfsleistung der SPD. ganz begeistert. So schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 11. April 1928:

„... zwischen den führenden Vertretern des Unternehmertums und der Gewerkschaften eine grundsätzliche Einigung über die Behandlung der berufstätigen Arbeitslosigkeit erzielt sei, nämlich in der Richtung, daß die Wartezeit über das normale Maß hinaus verlängert, die Unterstützungsdauer verkürzt und darüber hinaus in besonderen Bedürfnisfällen eine Art Krisenfürsorge gewährt wird.“

Hier wird bestätigt, daß die Sozialdemokratie fleißig an der weiteren Verelendung der Arbeiter mitarbeitet. Das deckt sich auch vollständig mit der Stellung der sozialdemokratischen Presse. Anlässlich der Verlängerung der Wartezeit schrieb die „Gewerkschaftszeitung“ am 2. Dezember 1927:

„Die Verordnung bringt neben einer begrüßungswerten Lösung...“



Eine Erwerbslosenfamilie exmittiert

Also eine Hungertat von drei Wochen ist für die SPD. eine begrüßungswerte Lösung.

Ferner sei noch daran erinnert, daß unmittelbar vor der Auflösung des Reichstages im Haupt- und Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages Anträge der kommunistischen Partei zur Beratung standen, durch die eine Beseitigung solcher Bestimmungen gefordert wurde, durch die Erwerbslose von der Unterstützung ausgeschlossen werden.

Wieder war es die Sozialdemokratie, die mit den Deutschnationalen gegen diese Anträge stimmte.

Selbstmordrekorde in Deutschland.

Deutschland steht an dritter Stelle aller europäischen Staaten mit der Selbstmordziffer. Auf 1000 Einwohner entfallen jährlich 23 Selbstmorde. Die Hauptursache ist die materielle Not.

1924	14 000
1925	15 000
1926	weit über 16 000 Selbstmorde.

Ru. zwei, drei Zeilen gehen die Tageszeitungen über die sich häufenden Selbstmordfälle hinweg. Es sind nicht nur Arbeiter, die mit ihren Familien zum Selbstmord angetrieben werden.

Viele Angestellte, Intellektuelle und erwerbslose Schauspieler befinden sich unter ihnen. Zu diesen Selbstmordopfern kommt noch die ungeheure Zahl derer, die an typischen Prekariatkrankheiten, an Unterernährung zugrunde gehen, als Folge der jahrelangen Arbeitslosigkeit.

Die SPD. mit Gummiknüppel und Handgranaten gegen Erwerbslose.

Da die Millionen der Erwerbslosen nicht gewillt sind, widerstandslos zugrunde zu gehen, versuchten sie immer wieder durch Kundgebungen und Demonstrationen den Staat und die Kommunisten zu zwingen, die Unterstützungen zu erhöhen oder sie den Ausgesteuerten wieder zu bewilligen. Bei der Niederschlagung solcher Kundgebungen zeichneten sich die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten durch besondere Brutalität aus. In Berlin, Stettin, Kiel, Breslau usw. wurden Banneiten für die Erwerbslosen verhängt, die Demonstrationen durch Polizeiaufgebote auseinandergepresst. In Breslau wurde bei einer solchen Demonstration ein Erwerbsloser erschossen. Hunderte von Erwerbslosen wurden, nur weil sie demonstrierten, ins Gefängnis geworfen. Niemals und nirgends trat die SPD. weder in den Landtagen noch im Reichstage diesen Brutalitäten entgegen. Im Gegenteil, sie schob der kommunistischen Partei die Schuld für diese Demonstrationen zu, weil dadurch „Ruhe und Ordnung“ im Staate gefährdet werden.

Als im Thüringer Landtag die kommunistische Fraktion mit allem Nachdruck verlangte, daß die Anträge der Erwerbslosen behandelt werden, wurden sechs kommunistische Abgeordnete vom sozialdemokratischen Landtagspräsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. In fast allen Städten und Kommunen stimmte die SPD. stets gegen die von den Erwerbslosen eingebrachten Anträge, um im selben Augenblick gewaltige Summen für nationale Feiern zu bewilligen oder den Unternehmern Steuererlässe zu schenken.

Die Kommunisten — die einzigen Interessensvertreter der Erwerbslosen.

In der Erwerbslosenbewegung, in allen Parlamenten, war es nur die kommunistische Partei, die sich für die Anträge der Erwerbslosen einsetzte und ständig bemüht war, Verbesserungen zu erzielen. Wir sagen den Erwerbslosen auch bei dieser Wahl: die soziale Frage der Arbeiterklasse und die Lage der Erwerbslosen kann nicht durch den kapitalistischen Staat eine befriedigende Lösung finden. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß die Arbeiter selbst die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen halten und die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische ersetzt wird.

Wenn die Erwerbslosen für die SPD. stimmen, so befinden sie dadurch auch, daß sie mit ihren im Betrieb stehenden Klassen-genossen den politischen Kampf um ihre Befreiung zu führen bereit sind. Bis zur Erreichung dieses Endziels wird die SPD. mit aller Entschiedenheit weiter eintreten für die Schaffung einer Erwerbslosenfürsorge gemäß den Kopenhagener Beschlüssen. Für die Beseitigung des ARBZG., für eine Erwerbslosenunterstützung, die in ausreichender Höhe für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt wird. Für die Beseitigung der unteren vier Lohnklassen, für die Krisenfürsorge unter Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Wir kämpfen für die Beseitigung der Wartezeit und gegen die schikanösen Methoden der Arbeitsämter und die Zwangsversicherung der Erwerbslosen.

Die Verbesserung der Unterstützung und die restlose Erfassung aller Erwerbslosen durch die Unterstützung ist nur eine Seite unseres Kampfes. Unser Hauptkampf besteht in dem Kampf für die Unterbringung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess, für strikte Durchführung des 8-Stundentages, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, Fertigstellung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen in den Gemeinden, Ländern und im Reich, Bereitstellung genügender Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Das Vertrauen der Massen zur SPD. muß dadurch zum Ausdruck kommen, daß alle Erwerbslosen am 20. Mai nur

kommunistisch wählen

Seite 51

